

Südwestwind



Sozialdemokratische Mitgliederzeitung des Kreises Steglitz-Zehlendorf

WAHLKAMPFVORBEREITUNGEN

Die schwarz-gelbe Koalition zeigt ihr wahres Gesicht. Nach 12 Monaten Arbeitsverweigerung und Streitigkeiten werden die Umrisse ihrer Politik deutlich. Erst Steuergeschenke an Hoteliers; nun wird geklotzt: Milliarden Zusatzprofite für die Pharma- und Atomindustrie. Die Rechnung zahlen die Bezieher von mittleren und unteren Einkommen.

Auf die Spitze getrieben wird die Umverteilung von unten nach oben durch die Bundeskanzlerin selbst. Zukünftig sollen Investitionen in den Klimaschutz allein von den Mietparteien finanziert werden. Dabei dürfen auch mal Grundsätze der Verfassung, Gerichtsurteile und andere Werte unseres Gemeinwesens auf der Strecke bleiben. Dem Aufbau einer neuen „Klassengesellschaft“ und der schleichenden Veränderung unserer Verfassungsgrundrechte ist mit Entschlossenheit entgegenzutreten.

Mit der „Woche der Steglitz-Zehlendorfer SPD“ haben wir unsere Vorstellungen für ein Mehr an Sozialer Gerechtigkeit, Demokratie Bildung und neuen Lebensformen unterbreitet. Eine Vielzahl von Projekten, Diskussionen, politischen Kinofilmen, Kinderfesten und Ausstellungsbesuchen standen dafür. Daran werden wir anknüpfen. Die nächste „Woche der Steglitz-Zehlendorfer SPD“ ist für das Frühjahr eingeplant.

Zur Vorbereitung der Berlin-Wahl traf sich der Kreisvorstand im September zu einer Klausurtagung. Wir haben unsere Stärken und Schwächen analysiert und vor allem sozialdemokratische Alleinstellungsmerkmale

und Projekte identifiziert. Ziel war, die Position unserer politischen Konkurrenten einzuschätzen, sozialdemokratisches Profil herauszuarbeiten und damit unsere politischen Zielsetzungen für die Zukunft zu schärfen.

Das kommunalpolitische Wahlprogramm 2011-2016 soll nicht allein von Kreisvorstand und BVV-Fraktion erstellt werden. Wir wollen alle Mitglieder einbeziehen, stellen wir doch nach der verlorenen Bundestagswahl gemeinsam fest, dass viele das Gefühl haben, nicht mehr mitgenommen zu werden. Sie können ihre Lebensumstände nicht mehr in der Partei vermitteln und deren Verbesserung mitgestalten. Sie fühlen sich dadurch hilflos und aus innerparteilichen Entscheidungsprozessen ausgegrenzt. Eine funktionierende, demokratische innerparteiliche Willensbildung ist unabdingbar für die Weiterentwicklung sozialdemokratischer Ideen. Transparente innerparteiliche Entscheidungsprozesse befördern eine gemeinsame politische Identität. Hierdurch erwächst Leidenschaft und Kraft, für unsere politischen Ziele einzutreten - ein notwendiger Schritt für einen erfolgreichen Wahlkampf im nächsten Jahr. Wir werden weiter mit Klaus Wowereit die Führungsrolle im Senat ausüben. Unsere Erfolge in der Kita-, Bildungs-, Mieter-, Sicherheitspolitik und auch in der Infrastruktur- und Wirtschaftspolitik können sich durchaus sehen lassen und sollten weiter mit Überzeugung präsentiert werden.

Michael Arndt, Kreisvorsitzender

INHALTSVERZEICHNIS

Wahlkampf vorbereitungen - Michael Arndt	1
In dieser Ausgabe - Ulrike Wöhning.....	2
Rekommunalisierung: ein neues, altes Thema der Sozialdemokratie - Barbara Loth	3
Aus dem Bundestag - Petra Merkel	4
Woche der Steglitz-Zehlendorfer SPD	
Einladung zum Blick hinter die Bauzäune - Andreas Kugler	5
Der „Bock als Gärtner“ - oder – „Ein Ordnungshüter räumt ab“! - Volker Semler	6
Umbenennung der Takustraße - Burkhard Zimmermann	8
Termine	9
Neumitglieder	15
SPD in Zahlen	16
Volkspartei SPD?- Klaus Spychalski	17
Rekommunalisierung:	
Rekommunalisierung jetzt! -Andreas Kugler	18
Soll unser Senat die S-Bahn kaufen und managen? - Olaf Timmermann	19
Zum Jagen tragen? Wassertriebe endlich entprivatisieren - Hans Willi Weizen.....	20
Gratulationen.....	21
Erinnerungen an Calle Evers - Burkhard Zimmermann	22
Woche der Steglitz-Zehlendorfer SPD	
Gutes Wasser oder satter Gewinn? - Hans Willi Weizen	22
Aktuell im Internet.....	23
Gedenken	23

IN DIESER AUSGABE...

...blicken wir zurück auf die gelungene „Woche der Steglitz-Zehlendorfer SPD“. Und wir schauen voraus. Die Rekommunalisierung ist unser Schwerpunktthema, weil diese Frage auf dem kommenden Landesparteitag und im bevorstehenden Wahlkampf eine wichtige Rolle spielen wird. In der politischen Auseinandersetzung ist Rekommunalisierung schon jetzt ein viel gebrauchtes Stichwort. Da sich hinter diesem Begriff aber viele verschiedene Aspekte verbergen und das fachpolitische Pro und Contra für Laien oft schwer nachzuvollziehen ist, sind die Beiträge auf den Seiten 3, 18,19 und 20 schon mal als ein kleines „Rüstzeug“ für künftige Diskussionen gedacht. Der Blick zurück auf die „Woche der Steglitz-Zehlendorfer SPD“ zeigt zweierlei: zum einen sind die Aktionen so gut gelaufen, dass es nächstes Frühjahr wieder eine Aktionswoche

geben wird. Zum anderen hat die SPD damit bewiesen, wie viel in den Abteilungen los ist. „Wir sind Ansprechpartner, denn Zielgruppenarbeit lohnt sich“, sagte Günther Schulze, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Migration, auf der Kreisvorstandsklausur. Recht hat er. Denn während CDU und CSU über Zuwanderung zetern, trifft sich das von seiner Arbeitsgemeinschaft initiierte Netzwerk Integration Südwest – kurz NIS – in diesem Monat schon zum zehnten Plenum. Glückwunsch! Vielleicht ist der Erfolg „der Woche“ ja auch ein Anstoß, öfter mal über den (Abteilungs-)Zaun zu gucken. Unsere Terminvorschau bietet dafür jedenfalls wieder jede Menge Angebote. Ob Singabend, Autorenlesungen oder kundige Kiezführungen – überall sind Gäste herzlich willkommen!

Ulrike Wöhning

REKOMMUNALISIERUNG: EIN NEUES, ALTES THEMA DER SOZIALDEMOKRATIE

Galt die Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen lange Zeit auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene als „Patentrezept“ zur Sanierung der Haushalte, bildet sich seit geraumer Zeit insbesondere in den Kommunen wieder ein Bewusstsein für die Vorzüge der eigenverantwortlichen Wahrnehmung von Aufgaben der Daseinsvorsorge heraus.

Ineffizienz und Fehlplanungen wurden viele Jahre lang als Charakteristika des öffentlichen Sektors gedeutet, um vormalig parteien- und länderübergreifend akzeptierte Schlüsselbereiche öffentlicher Wirtschaftstätigkeit zu privatisieren. Angesichts der daraus resultierenden Probleme (Gebührenerhöhungen, Arbeitsplatzverluste, Qualitätsmängel etc.) rekommunalisieren nun seit rund zehn Jahren immer mehr Städte und Gemeinden trotz bescheidener finanzieller Handlungsspielräume ihre privatisierten Dienstleistungen.

Und zuletzt hat die Finanz- und Wirtschaftskrise belegt, dass rein gewinnorientiertes Wirtschaften ohne wirksame Kontrolle erhebliche Risiken für die Gesellschaft begründen kann.

Die Sicherung der öffentlichen Güter bzw. der Leistungen der Daseinsvorsorge ist seit Jahren Kernelement linker Politik und entspricht unserem Grundverständnis einer aktiven Rolle des Staates. Dies ist heute notwendiger denn je und auch wieder mehrheitsfähig. Erstmals besteht in Berlin eine reale Chance, die Grundsatzdebatte zu führen und Optionen ernsthaft zu prüfen.

Auch wir in Berlin haben in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen mit der Privatisierung landeseigener Unternehmen gemacht und schon vor Jahren mit der Korrektur begonnen: So haben wir den Verbleib des Krankenhauskonzerns

Vivantes im öffentlichen Eigentum gesichert und die von der BVG erbrachten Verkehrsdienstleistungen nicht europaweit ausgeschlossen, sondern das Landesunternehmen direkt beauftragt. Auch haben wir die Landesbank mit der Sparkasse durch Verkauf an den Sparkassen- und Giroverband im öffentlich-rechtlichen Bereich gehalten. Wir haben auch die Politik der Veräußerung öffentlicher Wohnungsbestände beendet.

Aber wir haben auch einiges nicht geschafft, wie z.B. das in der Koalitionsvereinbarung festgehaltene Ziel der Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe.

In der nächsten Zeit stehen wichtige Entscheidungen an. So laufen die Konzessionsverträge für Gas 2013 und Strom 2014 aus. Eine Bekanntmachung im EU-Amtsblatt/ Bundesanzeiger ist spätestens zwei Jahre vor Ende des bestehenden Konzessionsvertrages erforderlich.

Im Dezember 2017 läuft zudem der Verkehrsvertrag zwischen der S-Bahn Berlin GmbH und dem Land Berlin über den Betrieb des gesamten S-Bahn-Netzes in der Region aus. Der Berliner Senat hat eine Teilausschreibung angekündigt.

Wenn die Bahn AG ihren Widerstand gegen eine Kommunalisierung der S-Bahn nicht aufgibt, muss bis Januar 2011 über die Art der Ausschreibung entschieden werden.

Diese wichtigen Entscheidungen sollten für uns Anlass sein, nicht punktuell immer dann über die Frage der Kommunalisierung bzw. Rekommunalisierung zu entscheiden, wenn Verträge auslaufen oder Private verkaufen wollen, sondern wir sollten uns grundsätzlich darüber Gedanken machen, wie wir in Zukunft mit landeseigenen bzw. privaten Unternehmen der Daseinsvorsorge umgehen.

Denn dieses Thema ist nicht allein aus Gründen der Daseinsvorsorge wichtig, sondern weil eine starke Kommunalwirtschaft unserer Idee des solidarischen Staates und der Delegitimierung des privaten Profits und des reinen Effizienzdenkens in diesem Bereich entspricht. Wichtig ist uns dabei auch die „Stadtrendite“, die auch Aspekte wie gute Arbeit und gemeinwohlorientierte Leistungen umfasst.

Wir brauchen eine grundsätzliche Debatte über die Bereiche, die für die öffentliche Daseinsvorsorge entscheidend sind. Gesundheit, Bildung, Mobilität, Wohnen, Wasser, Abfallentsorgung, Klimaschutz und Energie gehören jedenfalls dazu.

Und wir brauchen eine Debatte über die Kriterien, die zur Orientierung für alle potenziellen Vorhaben der Rekommunalisierung bzw. der Kommunalisierung dienen. So sind flächendeckende und diskriminierungsfreie Leistungen im jeweiligen Bereich zu sozial verträglichen Endverbraucherpreisen ebenso notwendig wie deren Übereinstimmung mit Eckpunkten der Stadtpolitik, wie z.B. Vorgaben der Tariftreue, Qualität der Arbeit, Nachhaltigkeit/Energieeffizienz, Gender, Standortsicherung, regionaler Beschäftigungspolitik, Umweltgesichtspunkten (erneuerbare Energien) und maximalen Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten für das Land.

Die Berlinerinnen und Berliner haben einen Anspruch auf Transparenz bei allen Rekommunalisierungsvorhaben. Ein vorschneller Verweis auf die Haushaltssituation des Landes Berlin darf nicht dazu

führen, dass solche Vorhaben abgelehnt werden, die sich langfristig rechnen können.

Es sollte auch aufgezeigt werden, wann welche Fristen, z.B. beim Auslaufen von Konzessionsverträgen, einzuhalten sind und welche Möglichkeiten das Land Berlin für eine vertragliche Neugestaltung hat. Die theoretischen und praktischen Möglichkeiten der Trennung von Netz und Betrieb sowie der Kooperationsbedarf bzw. -nutzen mit dem Land Brandenburg müssen ebenso erläutert werden.

Nur so kann man sich ein Bild davon machen, ob ein Rückkauf dem Land Berlin tatsächlich nutzt.

Diese Diskussionen sind wichtig. Sie dürfen aber nicht zum Hinauszögern wichtiger Projekte führen.

Berlin steht vor einer entscheidenden Weichenstellung. Das Auslaufen der Konzessionsverträge bietet die einmalige Chance für den Aufbau eines Energieversorgungsunternehmens in kommunaler Hand, das Strom, Wärme und Gas sowie Energiedienstleistungen anbietet. Viele Kommunen haben es schon erfolgreich vorgemacht.

Neben dem Verkauf von Energie an Endkunden sollte das Unternehmen zielgerichtet in Anlagen für Erneuerbare Energien und mit Kraft-Wärme-Kopplung investieren. Bestes Beispiel hierfür sind die Stadtwerke München.

Diese große Chance sollte ernsthaft geprüft und möglichst genutzt werden.

Barbara Loth, Bezirksstadträtin

AUS DEM BUNDESTAG

Die Haushaltsberatungen zum Bundeshaushalt 2011 sind in vollem Gange. Das bedeutet: lange Sitzungen des Haushaltsausschusses, in denen der Einzelplan je-

des Ministeriums und jedes Verfassungsorgans beraten wird. Ein wichtiger Teil dieser Haushaltsberatungen ist das sogenannte „Sparpaket“ der schwarz-gelben

Bundesregierung, dessen Umsetzung mit dem Haushalt 2011 beginnen soll. Dazu haben wir eine öffentliche Anhörung des Haushaltsausschusses durchgeführt. Besonders die Kürzungen im Sozialbereich waren für uns in der SPD-Fraktion natürlich Thema. Der Paritätische Gesamtverband hat als einer der geladenen Sachverständigen ein ausführliches Gutachten vorgelegt, den „Atlas der Sozialkürzungen der Bundesregierung 2011 bis 2014“ mit dem vielsagenden Titel „Unter unseren Verhältnissen...“ Und sehr deutlich geht daraus hervor, wie hart das „Sparpaket“ gerade uns in Berlin und die neuen Bundesländer trifft.

Zunächst – das wissen wir ja schon – ist der Anteil des Sozialbereiches an dem Sparpaket sehr hoch, dagegen ist der Beitrag z.B. des Bankensektors sehr gering. Sehr deutlich wird hier, dass die Verursacher der Finanz- und Wirtschaftskrise eben nicht herangezogen werden, sondern die Armen die Zeche bezahlen. Auch die geographische Verteilung ist sehr unterschiedlich: von den Sozialkürzungen kaum betroffen ist der Süden Deutschlands, besonders gravierend werden sich die Kürzung der Sozialmaßnahmen auf den Osten Deutschlands auswirken. An der Spitze Berlin: Durchschnittlich 95,68 Euro pro Einwohner jährlich machen die Sozialkürzungen aus, die gesamten Kürzungen pro Einwohner betragen sogar 383 Euro im Jahresdurchschnitt 2011 bis 2014 – also dem Zeitraum des Sparpakets. Jährlich sind dies für Berlin Kürzungen in Höhe von 325 Mio. Euro.

Betroffen davon sind Qualifizierungsangebote für Langzeitarbeitslose in Job-Centern, das Übergangsgeld für Langzeitarbeitslose, das Elterngeld für Frauen in ALG-II-Bezug und Geringverdiener sowie Heizkostenzuschüsse.

Die Sparmaßnahmen im Sozialbereich sind kein „Grundpfeiler unserer Zukunft“, wie die Überschrift des schwarz-gelben Sparpakets lautet, sondern verschärfen die soziale Kälte. Die wirtschaftlichen Folgen des schwarz-gelben Sozialabbaus sind absehbar: All dies wird in Berlin zu einem drastischen Kaufkraftverlust führen. Klar, denn in Berlin leben 10 % der ALG-II-Empfänger der Bundesrepublik. Das sind doch genau die Menschen, die das Geld ausgeben und nicht auf die hohe Kante legen! Die Kürzung der Mittel für die JobCenter werden die Langzeitarbeitslosigkeit in Berlin noch verstärken. Berlin wird eindeutig ärmer mit dieser Bundesregierung! Das hat der Paritätische Gesamtverband sehr deutlich in seinem Atlas dargelegt.

„Mein“ Etat, der Kulturetat, ist bereits beraten: hier gibt es allerdings einige gute Dinge zu vermelden, die auch von der SPD-Bundestagsfraktion auf den Weg gebracht wurden. Für das Reformationsjubiläum werden 2011 fünf Millionen Euro bereitgestellt, geplant sind darüber hinaus bis 2017 jährlich jeweils fünf Millionen Euro, um von Seiten des Bundes dieses wichtige Ereignis zu begleiten. Eine gute Sache, wie ich finde, für die sich in der vergangenen Legislaturperiode die SPD-Bundestagsfraktion eingesetzt hat.

Petra Merkel, MdB

WOCHE DER STEGLITZ-ZEHLENDORFER SPD:

EINLADUNG ZUM BLICK HINTER DIE BAUZÄUNE

Im Rahmen der Woche der Steglitz-Zehlendorfer SPD haben wir zu einer stadtentwicklungspolitischen Busrundfahrt

eingeladen, um den interessierten Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, welche Bauvorhaben im Bezirk geplant und

durchgeführt werden. Wir haben das in der Planung befindliche Park-Range-Gelände auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz in Lichterfelde-Süd besucht und die Baustelle „Boulevard Berlin“ auf dem ehemaligen Karstadt-Gelände in der Schloßstraße.

Auf unserer Fahrt wurden wir von Uwe Stäglin, dem stellvertretenden Bezirksbürgermeister und Bezirksstadtrat für Bauen, Stadtplanung und Naturschutz, begleitet. So konnten die Bürgerinnen und Bürger auch während der Fahrt viel über die bauliche Entwicklung in Steglitz-Zehlendorf erfahren.

Auf dem Gelände der Park Range konnten wir den Bürgerinnen und Bürgern eine mögliche Erschließung bzw. bauliche Entwicklung des Gebietes durch den Eigentümer Vivico GmbH erläutern. Hier standen vor allem die bezirklichen Interessen im Vordergrund. Die zukünftige Nutzung des Geländes neben dem sozialen Brennpunkt Thermometer-Siedlung haben die Bürgerinnen und Bürger mit Uwe Stäglin und mir rege diskutiert, zumal der Eigentümer die teilweise Zwischennutzung durch einen Golfplatz erwägt.

Anschließend haben wir vom zweiten Parkdeck des Karstadt-Parkplatzes die Baustelle des „Boulevard Berlin“ besichtigt. Im Gegensatz zu unserer ersten Station ist hier der Bau schon weit fortgeschritten. Die Eröffnung ist für März 2012 geplant.

Der Projektleiter des Investors Multi Development erläuterte uns die baulichen Details und wie sich das zukünftige Gebäude in die Umgebung einfügen wird. Hierbei wurde auch auf die Bedürfnisse der Anwohner und des Verkehrs, sowie einen gleitenden Übergang in den Harry-Breslau-Park geachtet.

Die letzte Station der Busrundfahrt war das Ethnologische Museum Dahlem. Im großen Vortragssaal fand eine Diskussion mit Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer und dem Vizepräsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Norbert Zimmermann, über die Zukunft der Dahlemer Museen statt. Danach bleibt festzuhalten, dass die Stiftung die Verlegung der außereuropäischen Sammlung fest eingeplant hat und die Verzögerung beim Baubeginn des Humboldtforums lediglich einen Aufschub bedeutet.

Aus den zahlreichen Wortmeldungen wurde deutlich: Die Steglitz-Zehlendorfer haben ihren traditionellen Museumsstandort noch lange nicht aufgegeben.

Es bleibt also noch viel für uns zu tun!

Meine Idee hinter der Busrundfahrt war es, den Bürgerinnen und Bürgern die Chance gegeben, einmal einen Blick hinter einen Bauzaun zu werfen und mit Fachleuten über die zukünftige bauliche Entwicklung des Bezirks zu diskutieren. So war die Rundfahrt trotz des baubedingten Ausfalls der Besichtigung des Bierpilsens ein Erfolg.

Andreas Kugler, MdA

DER BOCK ALS GÄRTNER - ODER – „EIN ORDNUNGSHÜTER RÄUMT AB“!

Jeder, der den Chef des Außendienstes des Ordnungsamtes (O-Amt) persönlich oder aus der Fernsehserie „Mein Revier-Ordnungshüter räumen auf“ kannte, konnte es kaum glauben, was im August

durch die Medien ging. Wenn man kalauern wollte, könnte man meinen, M. hätte es mit „mein Revier“ zu ernst genommen, als er über mehrere Jahre hinweg die Baireinnahmen aus Bußgeldern und dem

Verkauf von Parkraumvignetten über mindestens 286.000 € – wahrscheinlich auf sein Konto anstelle der Bezirks- oder Landeskasse einzahlte.

Warum die Sache erst während dessen Urlaubs aufflog, als sein neuer Vorgesetzter den Verbleib eines kleineren Bargeldbetrages aufklären wollte, erscheint überraschend.

Denn bei M., der bereits seit mehreren Jahrzehnten im Bezirk tätig war und als leitender Mitarbeiter Vertrauen genoss, käme niemand auf die Idee, dass dieser zu einer derartigen Straftat fähig wäre.

Sogar die nach der Landeshaushaltsordnung (LHO) vom Bürgermeister als dem zuständige Finanzdezernenten durchzuführenden „überraschenden Kassenprüfungen“, die jährlich seit 2006 erfolgten, deckten die – wahrscheinlich kriminelle - Verfahrensweise nicht auf. Der Prüfer, der nach dem „Vieraugenprinzip“ von einem Kollegen hätte begleitet werden müssen, gab sich mit der Aussage von M. zufrieden, es gäbe keine Bar-einnahmen im Ordnungsamt. Zwar hatten sicherlich auch der Prüfer und dessen Vorgesetzter gesehen, wie die Mitarbeiter des O-Amtes „Knöllchen“ für falsches Parken, nicht entfernten Hundedreck etc. verteilen, aber sie mussten ja nicht gesehen haben, ob die Betroffenen in bar zahlten... In der oben erwähnten Fernsehserie waren M. und dessen Mitarbeiter zu sehen, wie sie Bargeld kassierten, aber nicht jeder schaut Fernsehen.

Tatsächlich war die „Kasse“ im Ordnungsamt nicht nach den Vorschriften der LHO entsprechenden eingerichtet worden. Es gab sie formal eigentlich gar nicht.

M. hatte von der Finanzabteilung zwar ein entsprechendes Formular zur Einrichtung der Kasse angefordert, aber dort hatte niemand darauf geachtet, dass es

auch ausgefüllt und unterschrieben zurück kam – Pech!

Somit war M. für die Einrichtung der Kasse, die Zahlungsvorgänge und deren Dokumentation (Quittungsblöcke, Buchführung etc.) zuständig. Er musste sich quasi selbst überwachen, da er vermutlich absichtlich die vorgeschriebenen Kontrollmechanismen im Ordnungsamt erst gar nicht einrichtet und die Bargeldgeschäfte im Ergebnis alleine abwickelt und das Geld –vermutlich- „einsteckte“.

Es konnte niemand damit rechnen, dass M. möglicherweise den für die Bareinzahlung für Parkraumvignetten eingerichteten EC-Automaten sabotierte, sodass nur Barzahlungen möglich blieben, die wahrscheinlich auch über M. vereinnahmt wurden.

Ob der Bürgermeister als Finanzdezernent auf Hinweise und Fragen des Landesrechnungshofes hätte hellhörig werden müssen, warum es angeblich keine „Bargeldgeschäfte“ im Ordnungsamt gab und warum es in drei Jahren keine Kassenprüfungen gab, wird derzeit untersucht, und es wird sicherlich interessante Antworten geben.

Unklar ist auch, ob es zu Unregelmäßigkeiten in anderen Bereichen, wie im Bürgeramt, wo M. vor seiner Tätigkeit im O-Amt tätig war, gekommen ist. Auch dort soll es zu Manipulationen am EDV-System gekommen sein, für das M. – als Spezialist - sogar im Bürgeramt noch zuständig blieb, als er längst im O-Amt als Leiter des Außendienstes tätig war.

Angesichts der vielen offenen Fragen war es schon einigermaßen frech, das Herr Hippe der Fraktionsvorsitzende der CDU das O-Amt während der letzten BVV-Sitzung als „Unordnungsamt“ bezeichnete und wegen angeblich struktureller Mängel den Rücktritt der Bezirksstadträtin Loth forderte.

Verschwiegen wird von der CDU insbesondere, dass die Bezirksstadträtin Barbara Loth ihren persönlichen Referenten als neuen Leiter des Ordnungsamtes einsetzte und er der die Unregelmäßigkeiten aufdeckte.

Zudem wird verschwiegen, dass die Bezirksstadträtin Barbara Loth schon vor Jahren eben wegen bekannter Probleme im Ordnungsamt eine Organisationsentwicklung eingeleitet hatte und nun seit knapp einem Jahr auch der Steuerungsdienst in der Zuständigkeit des Bürgermeisters eingeschaltet ist, ohne dass es recht voranging.

Es wird auch niemand wundern, dass sämtliche Maßnahmen zur Neustrukturierung des Ordnungsamtes sehr schleppend vorankamen, da M. als „Bock“ und zugleich „Gärtner“ im O-Amt tätig war. Es kann niemanden wundern, wenn die „Blumen“ weggefressen sind und im Garten nicht Neues gedeiht.

Mit der kriminellen Energie eines leitenden Mitarbeiters in der nun bekannten

Ausprägung muss niemand rechnen und wer – wie Torsten Hippe, mit Steinen aus dem Glashaus schmeißt, sollte daran denken, dass sicherlich auch der Bürgermeister u. a. mit im selbigen sitzt.

Wichtig und entscheidend wird sein, dass unsere Bezirksstadträtin, Barbara Loth, mit Elan und Transparenz an der Aufklärung mitwirkt und die Strukturen und Kontrollmechanismen eingerichtet werden, an denen es seit Jahren mangelt. Dem Bürger muss es möglich bleiben, Bußgelder und Gebühren bar bezahlen zu können, um unnötigen Schriftwechsel und Bürokratie zu vermeiden.

Wir hoffen alle, dass es sich bei den bekannten Schäden nicht um die Spitze des Eisberges handelt und andere Kassen des Bezirksamtes sorgfältiger eingerichtet und vom Finanzdezernenten, Bürgermeister Kopp und seinen Mitarbeitern überwacht wurden als die bisher eigentlich gar nicht vorhandene Kasse im Ordnungsamt.

Volker Semler, Mitglied der BVV

UMBENENNUNG DER TAKUSTRASSE IN KONRAD-ZUSE-STRASSE

Als Kind bin ich in die Lans-Schule in Dahlem gegangen. Sie lag an der Lans- und Takustraße. Unweit davon ist die Iltisstraße. Taku, Lans, Iltis – den meisten werden diese Begriffe kaum etwas sagen.

Mitte 1900 brach in China ein fremdenfeindlicher Aufstand aus, der von der Regierung unterstützt wurde (Boxeraufstand). An der Niederschlagung beteiligten sich britische, russische, japanische und auch deutsche Kolonialtruppen und Schiffe. Unter anderen nahm das Kanonenboot „Iltis“ unter Korvettenkapitän Wilhelm Lans an der Beschießung und Eroberung des chinesischen Seeforts Taku teil.

Aktivitäten, diese drei Straßennamen zu ändern, scheiterten wiederholt, zuletzt Mitte dieses Jahres. Die SPD-Fraktion hatte in der BVV beantragt, die Takustraße anlässlich des 100. Geburtstags des Konstrukteurs des ersten elektromechanischen Digitalrechners in Konrad-Zuse-Straße umzubenennen. CDU, FDP und Grüne lehnten den Antrag ab. Das Gedenken an die imperiale Kolonialpolitik des Kaiserreichs ist ihnen offenbar wichtiger.

Burkhard Zimmermann, Abt. Dahlem

TERMINE

ABTEILUNG 1, STEGLITZ-ZENTRUM (WWW.SPD-STEGLITZ.DE)

ABTEILUNG 2, SÜDENDE (WWW.SPD-SÜDENDE.DE)

ABTEILUNG 3, LICHTERFELDE-WEST (WWW.SPD-LICHTERFELDE.DE)

ABTEILUNG 4, LICHTERFELDE-OST UND SÜD ([WWW.SPD-LIOS.DE](http://www.spd-lios.de))

ABTEILUNG 5, LANKWITZ ([WWW.SPD-LANKWITZ.DE](http://www.spd-lankwitz.de))

ABTEILUNG 6 KRUMME LANKE ([WWW.SPD-KRUMME-LANKE.DE](http://www.spd-krumme-lanke.de))

ABTEILUNG 7, ZEHLENDORF SÜD ([WWW.SPD-ZEHLENDORF-SUED.DE](http://www.spd-zehlendorf-sued.de))

ABTEILUNG 8, SEENPLATTE

ABTEILUNG 9, ZEHLENDORF ([WWW.SPD-ZEHLENDORF.DE](http://www.spd-zehlendorf.de))

ABTEILUNG 10, DAHLEM ([WWW.SPD-DAHLEM.DE](http://www.spd-dahlem.de))

SPD STEGLITZ-ZEHLENDORF (KREIS) ([WWW.SPD-SUEDWEST.DE](http://www.spd-suedwest.de))

ARBEITSGEMEINSCHAFT 60 PLUS

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (AsF)

ARBEITSGEMEINSCHAFT MIGRATION

AG DER SCHWUSOS ([WWW.SCHWUSOS-SUEDWEST.DE](http://www.schwusos-suedwest.de))

ARBEITSKREIS LEBENSWERTE STADT

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG (AfB)

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SELBSTSTÄNDIGEN (AGS)

BÜRGERSPRECHSTUNDEN

- Michael Arndt, MdA (www.michael-arndt.info)
Mi 17:30 - 18:30 Uhr, Raum 506, Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstr. 5, 10117
Berlin oder nach telefonischer Vereinbarung: Tel. 833 50 04
- Ulrike Neumann, MdA (www.neumann-ulrike.de)
Telefonische Vereinbarung unter Tel. 772 79 41

ALLE TERMINE AUCH UNTER WWW.SPD-SUEDWEST.DE/TERMINE/.

SPD IN ZAHLEN

Mitgliederentwicklung 2008/2009

	31.12.2008	31.12.2009	Veränderung
Bundesrepublik	520.969	512.520	-1,62%
Landesverband Berlin	15.883	16.285	2,53%
International	52	80	53,85%
Marzahn-Hellersdorf	254	274	7,67%
Lichtenberg	432	459	6,25%
Treptow-Köpenick	587	607	3,41%
Spandau	905	923	1,99%
Neukölln	1.246	1.258	0,96%
Reinickendorf	1.310	1.284	-1,98%
Friedrichshain-Kreuzberg	1.345	1.449	7,73%
Pankow	1.400	1.518	8,43%
Tempelhof-Schöneberg	2.015	1.993	-1,09%
Steglitz-Zehlendorf	2.129	2.131	0,09%
Charlottenburg-Wilmersdorf	2.318	2.298	-0,86%

Mitgliederstruktur 31.12.2009

nach Geschlecht	männlich		weiblich	
Bundesrepublik	352.626	68,80%	159.894	31,20%
Landesverband Berlin	10.856	66,66%	5.429	33,34%
Kreis Steglitz-Zehlendorf	1.426	66,92%	705	33,08%

nach Alter

Kreis Steglitz-Zehlendorf	bis 29 Jahre	146	6,85%
	30-39 Jahre	204	9,58%
	40-49 Jahre	344	16,14%
	50-59 Jahre	388	18,21%
	60-69 Jahre	584	27,40%
	70-79 Jahre	320	15,02%
	über 80 Jahre	145	6,81%

Wahlergebnisse (Zweitstimmen)

	Bundestag 18.09.2005	Abgeord.haus 17.09.2006	EU-Parl. 07.06.2009	Bundestag 27.09.2009
Bundesrepublik	34,2%		20,8%	22,9%
Berlin	34,3%	30,8%	18,8%	20,2%
Steglitz-Zehlendorf	30,4%	27,8%	18,2%	20,2%

VOLKSPARTEI SPD?

Nahezu alle großen Organisationen leiden unter sinkenden Mitgliederzahlen: die Gewerkschaften als Folge der Individualisierung im allgemeinen und Entsolidarisierung der Arbeitnehmerschaft im besonderen; die Kirchen aufgrund der Pluralisierung der Lebensstile. Die „alten“ Parteien bleiben nicht verschont, wie exemplarisch die nebenstehende Übersicht „SPD in Zahlen“ zeigt. Auch bei der CDU schrumpft die Zahl der Mitglieder, doch bleibt sie mitgliederstärkste Partei. Erfreulich ist, das Berlins SPD gegen den Bundestrend wächst.

Die Politikverdrossenheit spiegelt sich auch in der Wahlbeteiligung: Betrug sie bei der Bundestagswahl 2005 noch 77,7%, so 2010 nur noch 71,2%. Die „Partei der Nichtwähler“ wird noch wachsen, da Politiker zunehmend als inkompetent und ihre Aussagen als unglaubwürdig angesehen werden. Gegenwärtig erhält insbesondere die FDP die Quittung für den Verzicht auf die seit Jahren propagierte und mit der CDU/CSU im Koalitionsvertrag vereinbarte große Steuersenkung, von der nur der Steuerrabatt für Hotelübernachtungen übrig blieb. Sie dümpelte in Meinungsumfragen Mitte September bei 5% mit abnehmender Tendenz (CDU/CSU 31%, SPD 30%). Gründe für die Abkehr von Wahlversprechungen finden sich zwar immer, doch werden sie offenkundig von der Masse der Wähler nicht toleriert.

Der SPD erging es ähnlich. Ihr ist das 2005 der großen Koalition zuliebe gebrochene Wahlversprechen, die Mehrwertsteuer nicht zu erhöhen, mächtig verübelt worden. Nicht zu Unrecht wird ihr vorgehalten, als Regierungspartei traditionelle Grundwerte, wie Solidarität und soziale Gerechtigkeit, zu Gunsten der Wirtschaft hinten gestellt zu haben. Die Senkung des

Spitzensteuersatzes sowie der Unternehmens- und Erbschaftsteuer, die Liberalisierung des Finanzmarktes und nicht zuletzt die Agenda 2010 haben viele Mitglieder und Stammwähler zutiefst enttäuscht. Die Folge waren massenhafte Austritte, schwere Wahniederlagen und bis vor kurzem desolante Umfrageergebnisse.

Der Niedergang der Volkspartei SPD begann schon mit der Gründung der Alternativen Liste Ende der 70er Jahre in Westberlin. Ein weiterer Schub erfolgte 2005 mit der Abspaltung der WASG bzw. deren Zusammenschluss mit der PDS zur Partei „Die Linke“ im Jahr 2007. Die hohe Zeit der SPD unter der charismatischen Persönlichkeit Willy Brandts mit über einer Million Mitglieder ist unwiederbringlich dahin.

Als Oppositionspartei braucht die SPD nunmehr keine faulen Kompromisse mehr zu schließen. Wir können uns wieder intensiver gesellschaftspolitischen Kernproblemen widmen: Bildung, öffentliche Daseinsvorsorge, Folgen der Überalterung, Integration der Zuwanderer, Globalisierung der Märkte... Dabei reicht es nicht, alten Wein in neue Schläuche umzufüllen. Ebenso verfehlt wäre es, auf weitere Flops und Krisen der schwarz-gelben Bundesregierung zu hoffen.

Um in der Allgemeinheit wieder als die linke Volkspartei wahrgenommen zu werden, bedarf es einer breiteren Aufstellung, der nachvollziehbaren Verbindung sozialdemokratischen Gedankenguts mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realitäten des 21. Jahrhunderts und nicht zuletzt klarer Ansagen. Notwendig ist ein nachhaltiger organisatorischer und inhaltlicher Neuanfang. Die vom Parteitag am 26. September 2010 in Berlin verabschiedeten Resolutionen lassen hoffen.

Klaus Spychalski, Abt. Lankwitz

REKOMMUNALISIERUNG: REKOMMUNALISIERUNG JETZT!

Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich die Einstellung zum Engagement des Staates in verschiedenen Bereichen wieder geändert. Nach rund zwei Jahrzehnten, in denen die privatwirtschaftliche Effizienz auch in den Bereichen der Daseinsvorsorge alles zum Besseren richten sollte, hat es sich gezeigt, dass dies nicht das Fall ist.

Das Umdenken ist eine positive Entwicklung, die von uns Steuerzahlern aber teuer und unfreiwillig erkaufte wurde. Jetzt gilt es, ruhig und ausgewogen zu diskutieren, in welchen Bereichen wir wieviel Staat wollen bzw. brauchen. Nicht verstaatlichen um der Verstaatlichen willen ist die Devise.

Die Berliner SPD hat diese Diskussion begonnen und wird sie auf dem Landesparteitag am 13.11.2010 fortführen. Auch in unserem Kreis Steglitz-Zehlendorf sind viele Genossinnen und Genossen an unterschiedlichen Stellen eingebunden. Deshalb ist dieser Artikel auch nur ein Teil unserer Meinungsbildung. Ich möchte deshalb schon am Anfang meines Beitrages auf unsere Homepage verweisen, wo Ihr weitere Artikel – unter anderem von Holger Thärichen – zum Thema findet.

Nun ohne weitere Prosa zu einzelnen wichtigen Bereichen der Daseinsvorsorge meine Einschätzung:

Energieversorgung – Gas- und Strom- und Fernwärmenetz

Die Idee eines landeseigenen Unternehmens zur Erzeugung und zum Vertrieb von Energie ist „elektrisierend“. Könnten so einerseits Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit und andererseits auch Arbeitsplätze in Berlin gesichert und vielleicht auch neu geschaffen werden. Ganz nebenbei wäre ein großer Einfluss auf die Erreichbarkeit unserer Klimaschutzziele

und die Einbindung erneuerbarer Energien gegeben.

Ich wünsche mir deshalb eine ernsthafte Prüfung dieser Möglichkeit durch den Senat und habe einen entsprechenden Antrag vorbereitet, der auf dem Landesparteitag diskutiert werden soll. Ich trete ebenfalls für eine Übernahme des Strom- und Fernwärmenetzes nach Auslaufen der Konzessionsverträge ein. Nur so können wir z.B. offene Standards für das Wärmenetz, die Voraussetzung für einen weiteren Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung sind, gewährleisten. Aber auch dabei muss sichergestellt werden, dass die Finanzierung des Kaufpreises durch die Nutzungsentgelte mittelfristig gesichert ist.

In einer Rekommunalisierung der GASAG kann ich im Moment keinen Vorteil erkennen. Dies gilt auch bezüglich der Übernahme des Gasnetzes. Schließlich sind Erzeugung und Netzbetrieb schon jetzt voneinander getrennt. Hier ist das Ziel die Einbindung der GASAG in einen kommunalen Verbund. Die entscheidende Stellschraube ist die notwendige Zustimmung des Landes Berlin zum Verkauf der GASAG-Anteile durch Vattenfall.

S-Bahn

Dies ist ein zweischneidiges Thema. Natürlicherweise müssen wir ein starkes Interesse an der Übernahme der S-Bahn von der Deutschen Bahn haben. Die S-Bahn spielt eine tragende Rolle im öffentlichen Personennahverkehr Berlins. Wer wie ich fast täglich mit der S-Bahn fährt, weiß das. Auch ist es ein faszinierender Gedanke, alle Verkehrsträger unserer Stadt in einem Unternehmen zusammen zu fassen. Aber können wir – also die BVG – die S-Bahn so einfach übernehmen? Ich glaube u.a. die langen Beschaffungszeiten für Ersatzteile und

Fahrzeuge sprechen dagegen. Ungeachtet der aktuellen technischen Probleme der neuen Doppeldecker und der weiterhin maroden S-Bahn, hat die BVG schon jetzt Schwierigkeiten, einen einen reibungslosen Betrieb zu gewährleisten.

Ich begrüße deshalb die aktuelle Änderung des Verkehrsvertrages! Die jetzt vorhandene Möglichkeit, die jährlichen Zahlungen an die Deutsche Bahn bei „Schlechtleistung“ um bis zu 16 % – also 42,4 Mio. Euro – zu kürzen, gibt deutlich mehr Einfluss als die bisher möglichen 5 %. Und dieses Druckmittel wirkt sofort und nicht erst in fünf oder zehn Jahren. Aber vielleicht überzeugt mich auch die Diskussion dieser Frage bei unserer KDV oder auf dem Landesparteitag und ich

schließe mich dem Vorschlag der Teilausschreibung an...

Zusammenfassend möchte ich sagen: Ich begrüße die geänderte Einstellung zur Frage der staatlichen Einflussmöglichkeiten im Bereich der Daseinsvorsorge und die Diskussion darüber. Ich wünsche mir eine weiterhin sachliche Auseinandersetzung ohne Zeitdruck. Denn die Entscheidungen, die wir in den kommenden Jahren treffen, werden lange wirken. Wir sollten unsere Entscheidungen an den Interessen der Berlinerinnen und Berliner ausrichten und vor dem Hintergrund der finanziellen Situation unserer Stadt treffen. Das ist unsere gemeinsame Verantwortung.

Andreas Kugler, MdA

REKOMMUNALISIERUNG: SOLL UNSER SENAT DIE S-BAHN KAUFEN UND MANAGEN?

Die berechtigte Kritik am S-Bahn-Betrieb ist leider ein Dauerthema geworden. Wenn etwas nicht richtig funktioniert, wird nach den Ursachen gefragt. Man fängt an, vor Ort nachzufragen, und bekommt folgende Antworten:

- a) Mangelnde technische Wartung,
- b) auf Verschleiß gefahrene Technik,
- c) ausgedünnte Personalausstattung.

Und dies alles unter der Überschrift Gewinnmaximierung, die sich nur ein Monopolist leisten kann. Der rot-rote Senat hat als so genannter Besteller von Verkehrsleistungen in zähen Verhandlungen versucht, den Schaden für S-Bahn-Kunden zu begrenzen. Ob dies gut, weniger gut oder gar nicht gelungen ist, kann jeder für sich selbst beantworten. Der Wähler wird sein Urteil im nächsten Jahr hierzu sicher mit in die Waagschale werfen.

Der viel diskutierte Verkehrsvertrag muss zurzeit auf der Basis von Grund-

besitz und Verfügungsgewalt über Infrastruktur (z.B. Schienen, Bahnhöfe, Leistungen) überarbeitet werden. Diese Aufteilung ist im Zuge der Bahnprivatisierung zu Aktiengesellschaften 1994 geschaffen worden. Aktiengesellschaften haben grundsätzlich die Aufgabe, Gewinne zu machen. Unser Berliner Beitrag zu Gewinnen bei der S-Bahn wurde über den Verkehrsvertrag, der Leistungen von ca. 240 Mio. € vorsah, erbracht. Über den sinnvollen Kauf der S-Bahn hatte im Nov. 2009 unser jetziger Finanzsenator auf einer SPD-Veranstaltung laut nachgedacht. Inzwischen hat der Chef der Bahn verlauten lassen, dass dieser gute Vorschlag wohl nicht zum Zuge kommen wird. Die jetzt vom Senat favorisierte Lösung sieht eine Ausschreibung von Teilnetzen der S-Bahn vor. Hiermit sollen durch Abschaffung des DB-Monopol Wettbewerb und geringstmögliche Preise erreicht werden. Es wird hierbei allerdings übersehen, dass

die DB weiterhin die Hebel über die Preisen für Infrastruktur und Grundbesitz zu ihren Gunsten bedient. Ferner wird das technische Monopol bei den Fahrzeugen nicht beseitigt. Denn die technische Eigenart erlaubt es nicht, dass Betreiber aus anderen Städten sich mit ihren Fahrzeugen in Berlin bewerben. In Berlin können nur Fahrzeuge eingesetzt werden, die bereits vorhanden sind oder speziell für Berlin hergestellt werden. Soll Berlin hier bei der Neuanschaffung in Vorleistung treten nach dem Motto: „Schulden für die Allgemeinheit, Gewinne für die Privaten“?

Wenn ein Wettbewerb nur unter zwei oder drei Unternehmen stattfindet, stellt sich die Frage: Ist dies noch ein Wettbewerb? Und wie werden Bahnhofsentgelte für die Infrastrukturbenutzung kalkuliert? Zu der letztgenannten Problemstellung sucht Berlin gegenwärtig noch Verbündete auf Länderebene für eine Bundesratsinitiative.

Mein Fazit: Hier ist eine politische Lösung gefordert. Denn es gehört zu den

sozialdemokratischen Grundforderungen zur Daseinsvorsorge, dass auch ein öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) nicht der Gewinnmaximierung von Aktiengesellschaften und anderem privatem Kapital ausgeliefert werden darf. Unser Berliner Senat muss sich mit dem Bundesverkehrsministerium zu Verhandlungen an einen Tisch setzen. Die negative Aussage des Chefs der Bahn kann immer noch vom verantwortlichen Eigentümer, dem Bund, gekippt werden. Denn wer im Begriff ist, ca. 400 Mio. € für ein kurzes Stück Autobahn vom Bund anzunehmen, sollte überlegen, diesen Betrag zurückzugeben, und dafür über eine kostengünstige S-Bahn-Übernahme verhandeln. Auch wenn zurzeit schwarz-gelb auf Bundesebene regiert, signalisieren die aktuellen Umfragen für die Berliner Landesebene die Farben rot, rot, grün.

Damit ist der Vorrang für eine soziale und umweltfreundliche Verkehrspolitik aus einem Guss gefordert.

Olaf Timmermann

REKOMMUNALISIERUNG: ZUM JAGEN TRAGEN? WASSERTRIEBE ENDLICH ENTPRIVATISIEREN

Wasser ist teuer in Berlin. Nach der aktuellen Betriebskostendatenbank des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) im Vergleich deutscher Großstädte klar am teuersten. Der Preis je Kubikmeter liegt um volle 1,79 € und damit um 54 % über dem Preis in der Millionenstadt Köln, womit ein Berliner Haushalt für 100m³ jährlich 179 € mehr zahlt als einer in Köln. Die Berliner Wasserbetriebe sind teilprivatisiert.

Abfallbeseitigung ist dagegen nicht besonders teuer in Berlin. Nach der gleichen Datenbank hat Berlin bei der Müllgebühr mit 22,92 €/m³ weiterhin den günstigsten Preis aller untersuchten Städte. In der

Berliner Stadtreinigung hat kein privater Eigentümer den Löffel im Napf. Wo also wird Daseinsvorsorge besser geleistet?

Die geltende Koalitionsvereinbarung des rot-roten Senats sagt deshalb: „Die Koalition setzt sich für starke öffentliche Unternehmen im Bereich der Daseinsvorsorge ein. Hierzu gehören Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs, der Wasserversorgung und –entsorgung, der Abfallwirtschaft, der Wohnungswirtschaft und im Gesundheitswesen. ...Die Koalition lehnt Privatisierungen bei Betrieben der Daseinsvorsorge ab. Die generelle Aufgabe für Betriebe der Daseinsvorsorge ist die Preis- und Tarifstabilität

bei Aufrechterhaltung hoher Qualitätsstandards. ...Die Koalition setzt sich für die Rekommunalisierung der BWB ein.“ Passiert ist seither noch nicht viel.

Der Rückerwerb der privatisierten Teile der Berliner Wasserbetriebe kann jedoch auch Schritt für Schritt erfolgen, indem zunächst nur ein privatisierter Anteil rückerworben wird. Der Verkaufswille der Privaten ist zu fördern. Hierzu ist die Konzessionsabgabe auf das in Hamburg selbstverständliche Niveau zu erhöhen. Ferner ist der Begriff der konservativen Anlage im Betriebsgesetz auf Anlagen mit einem geringen Verlustrisiko einzugrenzen. Damit kann der Zinssatz für riskante Spekulationen nicht mehr genutzt werden, um die Verzinsung des privaten Kapitals explodieren zu lassen. Zugleich ist die preistreibende Abschreibung zu Wiederbeschaffungswerten zu beenden und die gewinnfreundliche verkürzte Abschreibungsdauer zu normalisieren. Die Geheimverträge sind endlich offenzulegen.

Investitionen in die Daseinsvorsorge können auch finanziert werden, wenn nur der politische Wille da ist. Erlöse aus Verkäufen von Beteiligungen und Grundstücken können für den Kauf von Unternehmen der Daseinsvorsorge zweckgebunden werden. Die Investitionsbank Berlin kann gesetzlich in ihrer erklärten Funktion gestärkt werden, nicht nur als Förderbank, sondern auch Strukturbank

zu wirken. Die gesetzliche Grundlage kann insoweit an die Kreditanstalt für Wiederaufbau angeglichen werden. Die Investitionsbank kann dann als Platzhalter für zu rekommunalisierende Unternehmen wirken. Die Gewinne der rekommunalisierten Unternehmen, insbesondere der Wasserbetriebe, können vorrangig zur Refinanzierung der beim Rückerwerb eingegangenen Verpflichtungen des Landes genutzt werden, statt privat zu versickern. Das Land kann durch eigene Kreditaufnahme sowie Bürgschaften und Garantien für landeseigene Unternehmen den Erwerb von Unternehmen der Daseinsvorsorge fördern. Nach Wiedereinführung der von FDP und CDU abgeschafften Vermögensteuer können die allein für Berlin auf mehreren hundert Millionen Euro jährlich geschätzten Einnahmen des Landes vorrangig genutzt werden, um Verbindlichkeiten aus dem Ausbau der Daseinsvorsorge abzulösen. Die Dahlemer Anträge zum Landespartei-tag liefern die Details.

Berlins Wasserpreise verdeutlichen täglich den Handlungsbedarf. Es wird höchste Zeit, daß der Senat mit der Rekommunalisierung der Wasserbetriebe endlich die eigene Koalitionsvereinbarung umsetzt. Und wenn ihn der nächste Landespartei-tag auch erst zum Jagen tragen muß.

Hans Willi Weitzen, Abt. Dahlem

ERINNERUNGEN AN CALLE EVERS

1970 ist Calle Evers als Berliner Schulsenator zurückgetreten. Warum? Carl-Heinz Evers war immer ein entschiedener Verfechter der Gesamtschule und von notwendigen Bildungsreformen. Die Springer-Presse geiferte gegen ihn und wollte ihn für die linken Aktivitäten seiner Kinder verantwortlich machen. 1970 ging es inhaltlich mit der Schulreform nicht mehr weiter. Gesamtschulen verkamen immer mehr zu Bauinvestitionen als zur inhaltlichen Veränderung von Bildungsstrukturen und zu Bildungsreformen. Dafür wollte er keine Verantwortung mehr übernehmen. Er zog sich damit aber nicht aus der Politik zurück. Calle Evers blieb seinen Vorstellungen lieber treu. Zur Abgeordnetenhauswahl 1971 versuchte er in allen drei Zehlendorfer Wahlkreisen fürs zu kandidieren. Er war unser Kandidat einer aufrechten Politik. Die damalige Zehlendorfer SPD-Mehrheit ließ ihn dreimal in der Kreisdelegiertenversammlung durchfallen. Damals galt die Berliner SPD als CSU der Bundes-SPD...

Carl-Heinz Evers engagierte sich immer für eine konsequente Bildungspolitik, z.B. als Ehrenprofessor an der TU Berlin und in den Gremien der Hans-Böckler-Stiftung. Jahrelang gehörte er bis 1974 dem SPD-Parteivorstand an. In der Zehlendorfer SPD wurde er immer mehr zum politischen Ratgeber und zum Warner

vor verfestigten Strukturen. Immer stärker distanzierte er sich in der Nach-Willy-Brandt-Zeit vom politischen Kurs der Mehrheits-SPD. Er engagierte sich stark in der Friedensbewegung und in anderen sozialen Bewegungen.

Calles 70. Geburtstag haben wir alle im Mittelhof gefeiert, statt Geschenken gab es Spenden für den chilenischen Widerstand. Calles Gesundheit „seine Pumpe“, beeinträchtigte ihn erheblich. 1993 trat er aus Protest gegen die Asylpolitik der Bundes-SPD aus. In einem langen Brief an die Dahlemer SPD, seiner letzten politischen Heimat, begründete er dies. Dieser Brief erschien in der Frankfurter Rundschau.

Er sah sich auch aus gesundheitlichen Gründen zu diesem Schritt genötigt. Er glaubte eine „falsche“ Politik der SPD nicht aktiv aufhalten zukönnen. Er hat uns aber immer wieder mit Rat und Tat unterstützt. Calle verfolgte alles sehr aufmerksam. Dass dies in den letzten Jahren weniger wurde, lag einzig an seiner schwindenden Gesundheit.

Ein besonders Glaubwürdiger ist von uns gegangen. Wir werden ihn nicht vergessen; gerade jetzt wenn sich in der Bildungspolitik vieles wieder bewegt und verändert, was Calle immer gefordert hat.

Burkhard Zimmermann, Abt. Dahlem

WOCHE DER STEGLITZ-ZEHLENDORFER SPD: GUTES WASSER ODER SATTER GEWINN?

Ein Dokumentarfilm über Rekommunalisierung? Uraufführung, Bali-Kino, anschließend Diskussion mit Aktivisten des Berliner Wassertischs? Woche der SPD? Eher pflichtbewußt als erwartungsfroh bin ich zu dieser Veranstaltung der Abteilung Dahlem geschlurft.

Spätestens als das Trinkwasser mit Chlor keimfrei gemacht wurde, dann auch in vernachlässigten Leitungen keimfrei floß und eine nette junge Französin von der privaten Wasserfirma dem leicht würgenden Kunden lächelnd riet, es einfach ein Weilchen stehen zu lassen, weil dann

etwas vom Chlor verdunstet, war ich im Film. Leitungen kosten viel, amortisieren sich erst nach Jahrzehnten. Da ist es dann gewinnbringender, das Wasser und die Menschen zu verchloren. In Frankreich wird überall gechlort, wo kommunale Wasserbetriebe privatisiert wurden.

Es explodieren eben nicht nur die Preise nach Privatisierung. Aber auch das zeigt der Film natürlich mit vielen Beispielen. Wieso die Preise steigen, wenn man weniger in Leitungen investiert? Auch Chlor oder Ozonmischereien kosten. Vor allem aber gibt es viele Buchungstricks. Am besten gefiel mir das Beispiel, einen Wasserzähler binnen zwölf Jahren abzuschreiben, obwohl der doppelt solange hält, und dem Wasserkunden ein Vierteljahrhundert in die Rechnung zu kalkulieren. Ich versteh' die Franzosen, die nicht nur in Paris die privaten Profiteure aus der Wasserversorgung wieder entfernt haben. Unsere Partnerstadt Paris sorgt nun beispielsweise in Wasserschutzgebieten für ökologische Landwirtschaft, um den Nitratgehalt im Trinkwasser zu

senken. Viele andere Städte befreien sich auch von den privaten Profiteuren.

In München ist das alles schon erreicht. Das Wasser kommt aus Gebieten mit zunehmend ökologischer Landwirtschaft durch intakte Leitungen, in denen nicht ein Viertel verloren geht, und ist ungechlort. Dort ist die kommunale Versorgung nie privatisiert worden. Der Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) erklärte im Interview, warum er in Generationen denken darf und nicht wie private Firmen in Quartalen, Renditen, Ratings denken muß.

Der Film läuft in ganz Europa und zeigt uns, warum Rot-Rot zu Recht in der geltenden Koalitionsvereinbarung die Re-kommunalisierung der teilprivatisierten Berliner Wasserbetriebe fordert. Sollte man vor der Kreisdelegiertenversammlung und dem Landesparteitag zur Re-kommunalisierung gesehen haben. Macht aber wütend. Titel: Water makes money – wie private Konzerne aus Wasser Geld machen.

Hans Willi Weitzen, Abt. Dahlem

AKTUELL IM INTERNET

Auf der Internetseite der SPD Steglitz-Zehlendorf www.spd-suedwest.de werden nicht nur die aktuellen Termine des Kreises, der Abteilungen, Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise, sondern auch in regelmäßigen Abständen Texte der Funktions- und Mandatsträger über die aktuelle politische Arbeit und Lage veröffentlicht - ein Blick lohnt sich!

„Ein neuer Anlauf....?“ von Uwe Stäglin, Bezirksstadtrat

„Die Zukunft der Kita-Eigenbetriebe sichern! Senat muss Verantwortung übernehmen!“ von Michael Karnetzki, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der BVV

„Die Zukunft der Park Range“ von Gerhard Niebergall und Helmut Schmidt

„Südafrika – 16 Jahre Demokratie – Land der FIFA WM 2010 – Wo steht das Land am Kap heute?“ von Burkhard Zimmermann

SPD-Kreisbüro

Steglitz-Zehlendorf

Leitung: Mirjam Golm

Thaliaweg 15, 12249 Berlin.

Öffnungszeiten: Mo.+Do. 10:00 - 14:00 Uhr,

Fr. 14:00 - 18:00 Uhr.

Telefon: 766 79 854, Fax: 766 79 856

E-Mail: steglitz-zehlendorf@spd-berlin.de

Web: www.spd-suedwest.de

Nächste Ausgabe

Redaktionsschluss für die Nummer 49 (Jan. - März 2011) ist am 11.12.2010.

Genossinnen und Genossen, die einen Beitrag verfassen möchten können bis zum 13.11. Themenorschläge einreichen, möglichst bitte per E-Mail an sww@suedwest.spd-berlin.de.

Petra Merkel MdB

Wahlkreisbüro Goethe15

Goethestraße 15, 10623 Berlin

Öffnungszeiten: Mo.+Do. 12:00 - 16:00 Uhr,

Di. + Mi. 10:00 - 14:00 Uhr.

Telefon: 313 88 82, Fax: 318 00 168

E-Mail: petra.merkel@wk.bundestag.de

Bundestagsbüro, 11011 Berlin

Web: www.petra-merkel.de

Impressum

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Kreis Steglitz-Zehlendorf

V. i. S. d. P.: Maximiljan Reth

c/o SPD Steglitz-Zehlendorf,

Thaliaweg 15, 12249 Berlin

Redaktion: Maximiljan Reth, Klaus

Spychalski, Hans-Willi Weizen, Ulrike

Wöhning

Druck: Robert und Helmut Podzuweit GbR,

Telefon: 721 61 73

Der Südwestwind im Internet www.spd-suedwest.de/sww/.

Die Online-Ausgabe enthält keine parteiinternen Daten und Termine.

Postvertriebsstück - Entgelt bezahlt A53261

Sozialdemokratische Mitgliederzeitung des Kreises Steglitz-Zehlendorf
Thaliaweg 15, 12249 Berlin